

DIREKTKONTAKTE NRW UND VR CHINA:

BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Manja Jonas

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
1 Entwicklungszusammenarbeit: Ein innen- und außenpolitisches Problem.....	4
2 Projektvorschlag.....	5
2.1 Aufgaben.....	5
2.2 Institutionelle Ausgestaltung.....	6
2.3 Finanzierung.....	6
3 Begründung des Projektvorschlags	7
3.1 Warum saubere Produktion als Projektgegenstand?	7
3.1.1 <i>Das Interesse Chinas</i>	7
3.1.2 <i>Bedeutung der Umweltprobleme für Deutschland</i>	9
3.1.3 <i>Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit</i>	9
3.2 Warum ein Environmental Protection Bureau als Projektpartner?	11
3.3 Warum Einnahmengenerierung als eine Projektaufgabe?	11
3.3.1 <i>Relevantes Umweltrecht</i>	11
3.3.2 <i>Institutionelle Rahmenbedingungen</i>	13
3.4 Warum Beratung statt Implementierung?.....	15
3.5 Warum Klein- und Mittelunternehmen als Projektzielgruppe?	16
3.6 Warum Kopplung des Instituts an ein Gewerbegebiet?	16
3.7 Warum <i>Public Private Partnership</i> ?	17
3.8 Eignung des Projekts für Nordrhein-Westfalen	17
Literaturverzeichnis	19

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asian Development Bank
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
EIA	Environmental Impact Assessment
EPB	Environmental Protection Bureau
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FDI	<i>Foreign Direct Investment</i>
ISO	International Organization for Standardization
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
NRW	Nordrhein-Westfalen
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
SEPA	State Environmental Protection Administration
SPC	State Planning Commission
VR	Volksrepublik

1 Entwicklungszusammenarbeit: Ein innen- und außenpolitisches Problem

An der Notwendigkeit von Entwicklungspolitik als solcher besteht kein Zweifel, akzeptiert man die Universalität der politischen und sozialen Menschenrechte und anerkennt man, was Nuscheler das "aufgeklärte Eigeninteresse" (Nuscheler 1995: 41) nennt. Unstimmigkeiten entstehen vielmehr bei der Auswahl und Planung der Projekte, da in dieser Phase die unterschiedlichen Interessen sowohl der Geber als auch der Empfänger miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Die öffentlichen Geber sind bei der Planung von Entwicklungsprojekten mit drei großen Problemen konfrontiert:

- Finanzierung,
- Legitimation im eigenen Land und
- Akzeptanz beim Empfänger.

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist so widersprüchlich wie das Konzept von Entwicklung selbst, dessen Interpretationen vom bloßen Wachstum des Inlandsproduktes bis zur umfassenden Entfaltung der Persönlichkeit jedes einzelnen im Kantschen Sinne reichen. Mit steigender Komplexität des Zielsystems in der theoretischen Diskussion wird die Formulierung entwicklungspolitischer Leitlinien intransparenter, der Erfolg vergangener und zukünftiger EZ fragwürdiger. In Kombination mit den innenpolitischen Problemen vieler Entwicklungsländer führt dies zur Desillusionierung der Öffentlichkeit in den Geberländern, die durch zunehmende Entsolidarisierung innerhalb der eigenen Gesellschaft weiter verstärkt wird. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat in den vergangenen Jahren zu massiven Sparmaßnahmen, auch bei den Sozialleistungen, geführt. Vor diesem Hintergrund sind Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit sehr sorgfältig zu begründen (Borrmann 1999: 255; Radke 1999: 56).

Während mehr als 70 Prozent der Deutschen gegenüber der EZ prinzipiell positiv eingestellt sind, machen etwa 56 Prozent ihre Zustimmung von der wirtschaftlichen Situation in Deutschland abhängig (Langmann 1996: 50 f.; Tajnsek 1996: 53). Viele beschränken ihre Zustimmung auf Katastrophenhilfe und die Bekämpfung absoluter Armut – meist aus Motiven der Nächstenliebe – oder die Abwendung persönlicher Bedrohung. Die EZ mit der VR China hat vor der deutschen Bevölkerung aufgrund der raschen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes deshalb ein Legitimationsproblem.

Die Empfängerländer, vor allem auch die VR China, wünschen sich auf der anderen Seite möglichst wenig Einmischung in ihre internen Angelegenheiten, machen sie doch Kolonialismus und Handelspolitik der Industrieländer für ihre Unterentwicklung verantwortlich. Für sie erfüllt Entwicklungszusammenarbeit vor allem den Anspruch auf Wiedergutmachung, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht (Chen 1997: 74 f.).

Das vorliegende Gutachten schlägt ein Projekt vor, mit dem diese Probleme gelöst werden können und das für alle Beteiligten von Nutzen ist.

2 Projektvorschlag

Es wird ein Forschungs- und Beratungsinstitut für saubere Produktion in Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU)¹ skizziert, das die Verbindung zwischen staatlicher Umweltpolitik und der Praxis der KMU herstellt.

2.1 Aufgaben

Technologieberatung

Das Institut sollte lokale Unternehmen bei der Wahl umweltverträglicher Produktions- und Managementverfahren möglichst bereits im Planungsstadium unterstützen. Erfüllen einzelne Unternehmen die relevanten Umweltstandards nicht, untersucht das Institut in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Verbesserungspotentiale und schlägt Wege zu deren Umsetzung vor.

Vermittlung ausländischer Technologie und Partner

Sind die benötigten Technologien in China nicht verfügbar oder wird es von dem Unternehmen gewünscht, stellt das Institut den Kontakt zu möglichen ausländischen Technologielieferanten und Kooperationspartnern her. Es unterhält zu diesem Zweck eine Datenbank mit ausländischer Lieferanten und Interessenten für Kooperationen.

Zertifizierung von Umweltmanagementsystemen

Weltweit geht der Trend zu Umweltzertifikaten als Bedingung internationaler Lieferbeziehungen. Da dieser Trend auch in China zunehmend greift, sollte das Institut über die Zertifikate informieren, Implementierungsrichtlinien für Umweltmanagementsysteme erstellen und auch selbst Zertifizierungen durchführen.

Unterstützung bei der Finanzierung von Umweltmaßnahmen

Die Finanzierungsbarriere für Umweltschutzinvestitionen ist bei KMU weltweit hoch. Das Institut muß also passende Finanzierungsmöglichkeiten vermitteln. Bereits seit Jahren existieren aus Emissionsgebühren gespeiste Umweltfonds zu diesem Zweck, die jedoch noch besser nutzbar gemacht werden können.

Weiterbildung des Personals der lokalen Umweltbehörde (Environmental Protection Bureau, EPB)

Neben der Beratung für Unternehmen gibt das Institut sein Wissen auch an das EPB-Personal selbst weiter, um sowohl zur Bewußtseinsbildung beizutragen als auch die Fähigkeiten der Beamten zu verbessern.

Generierung von Einnahmen für das EPB

Für seine Dienstleistungen, d.h. Beratung, Vermittlung und Zertifizierung erhebt das Institut marktgerechte Gebühren, die dem Budget des EPB zufließen. Das EPB kann

¹ Unter KMU werden im folgenden alle kleinen und mittelgroßen privaten, genossenschaftlichen und kommunalen Unternehmen verstanden. Dazu zählen auch die *Township and Village Enterprises*, die ursprünglich von Kommunen oder Einheiten gegründet wurden, deren eigentumsrechtlicher Status, Finanzierung und Geschäftsführungsbefugnis aber noch nicht abschließend geklärt ist. Gegenwärtig sind diese Unternehmen in ihren betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und der Gewinnverwendung formal weitgehend unabhängig, doch es bestehen meist noch enge, auch personelle, Verbindungen zur Lokalverwaltung.

damit seine technische Ausstattung und die Personallage verbessern, was wiederum der Qualität des Umweltmonitoring zugute kommt.

2.2 Institutionelle Ausgestaltung

Der Projektpartner Nordrhein-Westfalens (NRW) sollte das EPB einer Lokalregierung sein, zu der bereits intensive bilaterale Kontakte bestehen. Die gute Kenntnis des Partners erleichtert die Berücksichtigung aller wichtigen Interessen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die deutsche Wirtschaft könnte in einer *Public Private Partnership* eingebunden werden.

Das Institut sollte einerseits institutionell dem EPB zugeordnet sein, um politische Unterstützung und Nachhaltigkeit des Projektes zu sichern. Andererseits sollte es organisatorisch weitgehend unabhängig sein, um die Interessen der Unternehmen berücksichtigen zu können und von ihnen angenommen zu werden.

Vielversprechend wäre die Kopplung an eine Einrichtung zentraler Gewerbegebiete. Diese Lösung bringt neben verbesserten Kontrollmöglichkeiten für das EPB, ökologische Entlastung für die landwirtschaftlichen Gebiete sowie vielfältige Agglomerationsvorteile für die Unternehmen.

2.3 Finanzierung

Die Finanzierung des Projektes könnte auf vier Elementen basieren.

1. Gebühren für Beratung, Finanzierung und Zertifizierung

Die chinesischen Unternehmen, die die Leistungen des Institutes in Anspruch nehmen, tragen die Kosten der Leistungserstellung. Dies sind in erster Linie Personalkosten und Unterhaltskosten für die Räume des Instituts.

2. Fonds für Umweltprojekte

Die niedrig verzinsten Kredite, die den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, um notwendige Umweltschutzinvestitionen zu tätigen, werden dem bestehenden Fonds des EPB entnommen, der für derartige Investitionen gesetzlich vorgesehen ist.

3. Engagement der deutschen Wirtschaft

Von der Vermittlung von Technologielieferanten und Kooperationspartnern profitiert die deutsche Privatwirtschaft unmittelbar, also sollte sie auch an den Kosten für das benötigte Personal und den Unterhalt der Datenbank partizipieren. Hierfür kommen vor allem Industrieverbände oder Handelskammern in Frage.

4. Eine-Welt-Etat NRW

Nach Auslaufen des Stipendiatenprogramms könnte NRW frei gewordene Mittel für die Schulung von Multiplikatoren im vorgeschlagenen Institut und die Erstellung von Schulungsmaterialien nutzen. Dies könnte z.B. durch Expertenaustausch, Studienaufenthalte oder Finanzierung kommerzieller Beratungsunternehmen geschehen.

3 Begründung des Projektvorschlags

Im folgenden wird begründet, warum ein Umweltinstitut ein geeignetes Projekt für die EZ zwischen NRW und China darstellt, und es werden kurz die gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen angerissen.

3.1 Warum saubere Produktion als Projektgegenstand?

Die Herstellung, Nutzung und Entsorgung sämtlicher Güter beeinflusst die Umwelt. Die konkreten Wirkungen sind jedoch nur zum Teil für den Menschen nachvollziehbar. Das Schadenspotential ist abhängig von der Umweltwirkung pro Einheit Produkt und der Produktmenge. (Ludwig 2000: 9). Die in diesem Zusammenhang theoretisch beste Lösung, die Produktionsmenge überhaupt zu begrenzen, steht im derzeitigen Werte- und Wirtschaftssystem international nicht zur Verfügung. Eine praktikable Lösung wäre jedoch, den Einsatz von Ressourcen im Wirtschaftsprozeß zu minimieren, Materialien zu nutzen, deren individuelles Schadenspotential möglichst gering ist, Nebenprodukte weiterzuverwenden und Hilfsstoffe einem geschlossenen Stoffkreislauf zuzuführen, mit anderen Worten: saubere Produktion. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen zum einen effektive Management- und Controllingsysteme implementiert werden, zum anderen werden ausgereifte technologische Lösungen benötigt.

In China sind signifikante Verbesserungen bereits bei geringem Mitteleinsatz, vor allem durch Know-how erzielbar. Ein kanadisches Projektteam hat dies treffend mit "*picking the low hanging fruit*" (China-Canada Cooperation Project in Cleaner Production: 29.08.00) bezeichnet. Das Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen hat in einer Studie zur sauberen Produktion in China beispielhaft für ein Färberei-Unternehmen errechnet, daß sich allein mit Maßnahmen und Investitionen, die sich innerhalb eines Jahres amortisieren, das Abwasservolumen um 30 Prozent reduzieren ließe (Ludwig 2000: 19).

3.1.1 Das Interesse Chinas

Die chinesischen Umweltprobleme sind gravierend: z.B. erreichen nur 50 Prozent der Industrieabwässer die relevanten Standards. Die Wasserverschmutzung verursachte bereits 1992 Kosten von rund 7,2 Mrd. DM, die Hälfte davon Gesundheitskosten. Schlechte Wasserqualität ist auch der Hauptgrund für den Wassermangel in vielen Städten (ebd., S. 13).

In allen chinesischen Städten überschreitet die Partikelkonzentration in der Luft die Grenzwerte (Edmonds 1994: 161), wodurch die Zahl der Atemwegserkrankungen stark gestiegen ist. Beispielsweise ist die Wahrscheinlichkeit, an Lungenkrebs zu erkranken, in Teilen Beijings doppelt so hoch wie in schwach industrialisierten Gebieten (ebd, S. 170). Vielfach fällt saurer Regen, besonders im Süden liegt der pH-Wert in großen Städten häufig unter 4,5 (ebd., S. 168 f.). Dadurch werden Schäden an Gebäuden und Wäldern verursacht, die Schäden durch Korrosion gehen in die Milliarden (ebd., S. 160).

Wegen Übernutzung und Abholzung zeigt ein Sechstel der Fläche Chinas Erosionsschäden. Der entstehende Schaden durch Bodenabtrag entspricht dem Wert der gesamten jährlichen Düngerproduktion (ebd., S. 63). Gleichzeitig ist die Existenzgrundlage von Millionen Haushalten gefährdet, ein riesiges Potential für soziale Unruhe. Und nicht zuletzt ist das jährlich um 10 Prozent wachsende

Müllaufkommen ein Problem, da es zu wenige Deponien gibt und diese meist ungenügend gesichert sind. Ein großer Teil der Industrieabfälle wird direkt in Gewässer entsorgt (Edmonds 1994: 152).

Aufgrund des schieren Ausmaßes der Umweltprobleme hat der chinesische Staat ein großes Interesse an Umweltprojekten. Die jährliche Liste der Projektvorschläge der chinesischen Regierung enthält neben Infrastrukturprojekten vor allem Umweltschutzvorhaben. Zum einen ermöglichen sie China den kostengünstigen Import ausländischen Know-hows, zum anderen tragen sie zur Senkung der Kosten der Umweltzerstörung bei (Chang 1997: 74).

Der nachhaltige Erfolg jeglicher EZ mit der VR China, ja sogar, wie Li Peng 1996 auf der Vierten Nationalen Umweltschutzkonferenz erklärte, "*the nation's survival and development*" (Li, zit. nach Zhang et al. 1999: 29) hängt davon ab, inwieweit die eigene Ernährungsgrundlage und die Bewohnbarkeit des Landes gesichert werden können. Aus diesem Grund war die VR China eine aktive Teilnehmerin der *United Nations Conference on Environment and Development* 1992, die schließlich die Klima-Rahmenkonvention, die Basel-Konvention zur Biodiversität und die Agenda 21 verabschiedeten. Die Konferenz etablierte die Idee der gemeinsamen Verantwortung der Industrie- und Entwicklungsländer für die nachhaltige Entwicklung der Einen Welt. Das chinesische Verständnis dieser Verantwortung beschreibt Li Peng im Vorwort zur chinesischen Agenda 21:

Economic Development should be pursued in parallel with environmental protection. Economic Development is essential for the very survival and progress of mankind. Furthermore, it provides a material guarantee for the protection and improvement of the global environment. For many developing countries, their primary task is to develop the economy and eliminate poverty. Their reasonable and urgent needs should be taken into full consideration when we try to tackle the question of the global environment ... no country can afford to develop its economy in disregard of its pressure on the environment. It is therefore, imperative to work out a development strategy that will ensure a virtuous cycle of the ecosystems so as to attain a balance between economic growth and environmental protection. (State Planning Commission (SPC), zit. nach Stimpson 1997: 67)

Laut Chens Interpretation (1997: 76) bedeutet das:

- Umweltschutz ist nur in Verbindung mit Wirtschaftswachstum möglich.
- Die Industrieländer sind immer noch die Hauptemittenten und damit hauptverantwortlich für den Umweltschutz.
- Entwicklungsländer müssen ausreichende finanzielle Mittel erhalten, um nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz durchsetzen zu können.
- Wissenschaft und Technologie spielen die Hauptrolle im Umweltschutz und müssen daher durch internationale Kooperation den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden.

Ein Projekt zur Förderung sauberer Produktion nimmt diese Ideen auf. Es ist daher gut geeignet, die Unterstützung und Beteiligung der chinesischen Regierung zu erhalten.²

3.1.2 Bedeutung der Umweltprobleme für Deutschland

Genauso wie dem chinesischen entspricht es dem deutschen Interesse, Bedrohungen der eigenen Sicherheit durch Umweltverschmutzung und Ressourcenvernichtung zu vermindern. Ein Teil der Umweltverschmutzung zeigt ihre Wirkungen weit über die Landesgrenzen hinaus: Die Wasserverschmutzung erreicht über Flüsse und Meere andere Staaten und bedroht die Tier- und Pflanzenbestände der Gewässer. Luftverschmutzung wird für das Ozonloch und Klimaveränderungen verantwortlich gemacht. Von den Folgen ist auch die deutsche Bevölkerung spürbar betroffen.

Das Potential z.B. zur Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes ist in China besonders groß. Laut Wissenschaftlichem Beirat Globale Umweltveränderungen trifft dies für alle Gebiete zu, die große Mengen Treibhausgase emittieren, nur eine vergleichsweise geringe Energieeffizienz erreichen und ein hohes Wirtschaftswachstum erwarten lassen. China emittierte 1996 14 Prozent des weltweiten Ausstoßes an Kohlendioxid, erzeugte pro Einheit Bruttosozialprodukt ein Vielfaches an Kohlendioxid im Vergleich zu den OECD-Staaten, das Wirtschaftswachstum wird für die kommenden 20 Jahre auf durchschnittlich 5,5 Prozent jährlich geschätzt (Oberheitmann 1999: 2 ff.).

Das Reduktionspotential ist für Deutschland auch deshalb interessant, weil es sich im Rahmen der internationalen Klima-Rahmenkonvention zu Emissionsverringerungen³ verpflichtet hat und deren Implementierung in Deutschland deutlich teurer ist als z.B. in China. Die VR China selbst ist als Entwicklungsland keine Verpflichtungen eingegangen, kann aber als Partner anderer Staaten im Rahmen des *Clean Development Mechanism* im eigenen Land Reduktionsinvestitionen tätigen lassen, die dem Geberland teilweise angerechnet werden. China steht dem Instrument prinzipiell positiv gegenüber, profitiert es doch ohne zusätzliche Kosten von der verbesserten Effizienz und der verringerten Umweltbelastung, Deutschland kann auf der anderen Seite die Kosten der Einlösung seiner Verpflichtungen senken (ebd., S. 24 ff.).

3.1.3 Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit

Umweltschutz wird dann am konsequentesten betrieben, wenn die Akteure davon wirtschaftlich profitieren. Die marktkonforme Lösung von Umweltproblemen ist auch erklärtes Ziel der chinesischen Agenda 21 (Schabacker 1996: 55).

Deutschland und China haben bereits vielfältige Erfahrungen mit bilateralen Entwicklungsprojekten gesammelt. Die bisher vorrangig eingeführten *End-of-Pipe-Technologies* veränderten lediglich die Form der Emission, um die Umweltwirkung so weit wie möglich zu verringern. Notwendig ist jedoch vielmehr, die Entstehung von Emissionen zu verhindern, z.B. durch Erhöhung der Energieeffizienz. Für große Kommunen und Staatsunternehmen wurden und werden moderne Mülldeponien und

² Die chinesische Regierung hat selbst in den letzten Jahren in einigen Großstädten *Centres for the Promotion of Greener Industry* eingerichtet. Sie sollen ebenfalls bei der Einführung sauberer Technologien beraten, sind aber eher der Wirtschaftsadministration zugeordnet, nicht den Umweltbehörden. Vergleiche Ludwig 2000: 19.

³ 25 Prozent bis 2005 auf Basis des Ausstoßes von 1987. Vgl. Hauchler (Hg.) 1995: 276.

Entsorgungssysteme errichtet, Kläranlagen gebaut und Kraftwerke mit Filteranlagen ausgerüstet (KfW 1999). Es steht außer Frage, daß diese Maßnahmen notwendig und richtig sind, doch sie ändern nichts an der Ursache der Emissionen. Wasser- und Energiepreise sind immer noch niedrig, und der Betrieb der Anlagen verursacht Kosten, denen kaum Erträge entgegenstehen, so daß jeder einzelne sie zu umgehen versucht (Edmonds 1994: 184 f.). Aus diesem Grund werden die Anlagen oft nicht richtig genutzt, die Emissionen bleiben unbehandelt.

Es kann davon ausgegangen werden, daß die Akteure in den Entwicklungsländern individuell wirtschaftlich rational handeln, d.h. Maßnahmen sind nur dann nachhaltig, wenn sie sich für die Empfänger, auch kurzfristig, rechnen. Das Beispiel eines Projekts zur Einführung kleiner Handpumpen in ländlichen Gebieten belegt dies. Die Verbreitung der Pumpen scheiterte, als immer mehr Haushalte kostengünstig an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen wurden und sich der Einsatz der Pumpen nicht mehr lohnte (BMZ 1999: 62 f.).

Der Evaluierungsbericht zum Ernährungssicherungsprogramm Shandong, das in erster Linie nicht ökologisch, sondern armutsorientiert ist, erklärt ein weiteres Mal die enge Verknüpfung von Wirtschaftlichkeit und funktionierendem Ressourcenschutz:

"Als [ökologisch; d.A.] positive Wirkungen sind insbesondere die Beiträge durch die Anlage von Terrassen, Wirtschafts- und Schutzwald sowie Gullyverbau in stark erodierten bzw. erosionsgefährdeten Gebieten hervorzuheben. [...] Neben dem Schutz der Ressourcen gelingt es gleichzeitig wirtschaftliche Potentiale zu erschließen und damit die Voraussetzung für Akzeptanz, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu schaffen." (BMZ 1996: 70 f.)

Die Zertifizierung von Umweltmanagementleistungen setzt bei der Gewinnerzielungsabsicht der Unternehmen an. Zertifizierung nach ISO 9000/14000/14001⁴ gilt als eine Art Gütesiegel im internationalen Handel und kann daher die Absatzchancen der Unternehmen im Ausland verbessern (Chahoud 1998: 35). Wie einer der wenigen mittelständischen Hongkonger Unternehmer, die sich bisher um die Zertifizierung bemühten, nach einiger Zeit feststellte:

"...we believed that there would be some environmental requirements in coming tenders. The Top Management [...] decided to implement ISO 14001 throughout the company, the result confirmed that it was a wise and correct decision. [...] In my practical experience, cost reduction always can be made in ISO 14001, for example, reduce [sic!] use of concrete to 12% before the end of Dec., 99." (Government of the Hong Kong Special Administrative Region, Environmental Protection Department o.J.: o.S.)

Regional konzentrierte sich die deutsche EZ bisher auf die wirtschaftlich weiter entwickelten Küstenprovinzen. Tabelle 1 zeigt übereinstimmende Präferenzen mit den Zielregionen kommerzieller und multilateraler Kapitalflüsse. Die Mittel mit hohem Zuschußanteil (*Official Development Assistance*, ODA) sollten jedoch Regionen zugute kommen, die für kommerzielle Geldgeber nicht oder noch nicht attraktiv sind. Einerseits ist nur so der Einsatz knapper Haushaltsmittel zu

⁴ ISO 9000, ISO 14000 und ISO 14001 sind Standards der International Organization for Standardization (ISO), die Qualitätsmanagement und umweltverträgliches Wirtschaften zum Gegenstand haben.

rechtfertigen, andererseits könnte der Weg bereitet werden für private Auslandsinvestitionen (*Foreign Direct Investment*, FDI).

Tabelle 1: Regionale Verteilung der Kapitalzuflüsse (in Prozent)

	FDI	Aktien	ODA		Multilaterale Kredite	
			Japan	Deutschland	ADB	Weltbank
Küstenprov.	87	>80	20	85	70	54
Binnenprov.	13	<20	80	15	30	46

Quelle: Radke 1999: 41, leicht modifiziert

3.2 Warum ein Environmental Protection Bureau als Projektpartner?

Ähnlich der Kooperation zwischen der GTZ und der indonesischen Umweltbehörde sollte das Institut an das lokale EPB angegliedert sein, um politische Unterstützung und Nachhaltigkeit des Projektes zu sichern. Wie Ortolano und Sinkule (1995: 17 f.) argumentieren, können die weit verbreiteten informellen Netzwerke sowohl zur Durchsetzung von Maßnahmen instrumentalisiert als auch gegen Sie verwendet werden. Es ist daher wichtig, politische Entscheidungsträger für ein Projekt zu kooperieren.

Im Rahmen des *institution building* könnte zuerst die Vermittlung der Vorteile sauberer Produktion innerhalb der Behörde eine Abkehr vom Selbstverständnis als reine Kontrolleure bewirken. Der regelmäßige Kontakt der Umweltbehörden mit den verschmutzenden Unternehmen bietet anschließend einen guten Ansatzpunkt, das Konzept prozeßintegrierten Umweltschutzes auch in der Industrie zu verbreiten (Chahoud 1998: 54 ff.).

3.3 Warum Einnahmengenerierung als eine Projektaufgabe?

3.3.1 Relevantes Umweltrecht

Die Geschichte des staatlichen Umweltschutzes der VR China beginnt im wesentlichen nach den Wirren der Kulturrevolution 1979 mit der Verabschiedung des vorläufigen Umweltschutzgesetzes. Schon zu diesem Zeitpunkt wurden die aktuell gültigen Grundprinzipien festgeschrieben, nämlich das Verursacherprinzip, die Stärkung des Umweltmanagements und, als Konsequenz der verfehlten westlichen *end-of-pipe*-Gewichtung, die Betonung von Vorbeugungsmaßnahmen (Chinas Recht VI.5, 26.12.89/1, § 13, 19-26, 28, 29 und 31; Ortolano und Sinkule 1995: 27). Entsprechende Instrumente wurden ebenfalls konzipiert, wobei ironischerweise in der Implementierung doch *end-of-pipe*-Elemente dominierten. Im aktuell gültigen Umweltschutzgesetz von 1989 wurden den drei ursprünglichen fünf neue Instrumente beigefügt, die die Effektivität der Emissionskontrolle verbessern sollten. In Tabelle 2 sind alle acht Instrumente kurz dargestellt. Hervorzuheben ist, daß sich die EPB vorrangig aus ihrem Anteil an den *Pollutant Discharge Fees* finanzieren.

Tabelle 2: Die acht Hauptinstrumente zur Emissionskontrolle in China

Englische Übersetzung	Chinesischer Titel	Inhalt
<i>The Three Old Systems</i>	<i>lao san zhidu</i>	
<i>Environmental Impact Assessment (EIA).</i>	<i>huanjing yingxiang pingjia</i>	Einschätzung und Bewertung zu erwartender Umweltwirkungen einer Investition durch eine lizenzierte Agentur; Abnahme des EIA durch das zuständige EPB
<i>Three Synchronizations Policy</i>	<i>san tongshi zhengce</i>	Gleichzeitige Einbeziehung von Klär- und Filteranlagen bei Planung, Bau und Betrieb eines Investitionsprojektes; Auf jeder Stufe Abnahme durch das zuständige EPB; Betriebsstilllegung oder Geldstrafen bei Nichteinhaltung
<i>Pollutant Discharge Fees</i>	<i>paiwu shoufei</i>	Gebühren auf jede Art von Emissionen, die relevante Grenzwerte überschreiten; Erhebung durch die lokalen EPB, die 20 Prozent davon einbehalten; bis zu 80 Prozent Rückerstattung für Umweltschutzinvestitionen
<i>The Five New Systems</i>	<i>xin wu zhidu</i>	
<i>Discharge Permit System</i>	<i>paiwu xukezheng zhidu</i>	Genehmigungssystem für große Emittenten; Genehmigung von Emissionen bis zu einer bestimmten Konzentration bzw. Gesamtmenge durch die zuständigen EPB, abgestimmt auf die Luft- und Wasserqualität der Region; gelegentlich Widersprüche zum Emissionsgebührensysteem
<i>Environmental Responsibility System</i>	<i>huanjing baohu mubiao zeren zhi</i>	Verantwortungssystem, in dem Lokalregierungen nach oben, mit den EPB der Provinzen, und nach unten, mit Unternehmensleitungen, Verträge über die zu erreichende allgemeine Umweltqualität abschließen; Einbeziehung der gesamten Lokalregierung in die Umweltverantwortung
<i>Assessment of Urban Environmental Quality</i>	<i>chengshi huanjing zonghe zhengzhi dingliang kaohe</i>	Überprüfung der Umweltqualität in großen Städten anhand von 32 Indikatoren; Durchführung durch die staatliche Umweltbehörde (State Environmental Protection Administration, SEPA) oder EPB der Provinzen; Veröffentlichung der Ergebnisse in den Medien zur Mobilisierung der Öffentlichkeit
<i>Centralized Pollution Control</i>	<i>jizhong chuli</i>	System zentralisierter Abwasser- und Abfallbehandlung und Emissionskontrolle komplementär zur individuellen Verantwortung; zielt auf erhöhte ökonomische Effizienz, aber noch schwach entwickelt
<i>Limited Time Treatment</i>	<i>xianqi zhili</i>	Vorgabe eines begrenzten Zeitraums zur Senkung unerlaubter Emissionen oder zur Schadensbeseitigung durch die EPB; Betriebsstilllegung oder Geldstrafen bei Nichteinhaltung

Quelle: In Anlehnung an Ortolano und Sinkule 1995: 26 ff.; Chinas Recht VI.5, 26.12.89/1, § 12, 13, 16, 26-29, 36 und 39.

In die Verfassung wurde der Umweltschutz 1982 aufgenommen. Artikel 26 erklärt:

Der Staat schützt und verbessert die Lebensumwelt und die ökologische Umwelt, verhütet Verschmutzung und andere Umweltschäden. Der Staat organisiert die Aufforstung und ermuntert dazu, und er schützt die Wälder. (*Zhonghua Renmin Gongheguo Xianfa* (Die Verfassung der Volksrepublik China), 04.12.82, Art. 26, eigene Übersetzung)

Auf dieser Grundlage wurden spezielle Gesetze verabschiedet, die sich jeweils mit einem Teilaspekt der Umwelt oder des Umweltschutzes befassen. Diese Serie umfaßt inzwischen alle wichtigen Bereiche. Darüber hinaus haben der Staatsrat, die SEPA und andere Ministerien Verwaltungsvorschriften und andere ministerielle

Durchführungsbestimmungen erlassen. Umweltstandards beziehen sich auf die Umweltqualität, Emissionsgrenzen und Verfahrensweisen. Sie sind ebenso verbindlich wie die Internationalen Verträge und Abkommen, die die VR China unterzeichnet hat. Auch die Provinzen und einige Städte haben das Recht, Umweltvorschriften zu erlassen, die die nationalen Regeln und Gesetze ergänzen und an die lokalen Gegebenheiten anpassen (Tao 1997: 323 f.).

Es herrschte einige Zeit Unsicherheit über den Stellenwert des Umweltschutzes in der politischen Agenda, daher wurde er 1983 explizit als grundlegende nationale Politik dem Wirtschaftswachstum gleichgestellt.

1997 wurde in Kapitel VI des Strafgesetzes eine eigene Sektion für Verbrechen gegen den Umwelt- und Ressourcenschutz aufgenommen, die es erlaubt, verantwortliche Personen mit der Konfiszierung des Besitzes und Gefängnis bis zu zehn Jahren zu bestrafen (Troost 2000: 31). Die Haftung von Unternehmen als den Verursachern von Verschmutzung ist weiterhin nicht vorgesehen, was für eine abschreckende Wirkung gegenüber den in Gemeinschaftsbesitz befindlichen KMU eigentlich sinnvoll wäre.

3.3.2 Institutionelle Rahmenbedingungen

Nun könnte man meinen, die Umweltgesetze würden klare Handlungsvorgaben treffen. Aber in China hat sich das *rule of law* immer noch nicht durchgesetzt. Es gibt kaum Präzedenzfälle, in denen bisher Umweltvergehen mit den – prinzipiell bestehenden – Möglichkeiten des Strafrechts verfolgt wurden (Cheng 1995: 677). Der Hauptgrund hierfür ist die öffentliche Meinung:

"In China gibt es einen Konsens zwischen Öffentlichkeit und Regierung, daß Wirtschaftswachstum höchste Priorität besitzt. In der Theorie des chinesischen Strafrechts ist "gesellschaftlicher Schaden" die ultimative Rechtfertigung für die Strafverfolgung. Beim Tatbestand der Verschmutzung können wir jedoch häufig ein Gemisch von gesellschaftlichem Nutzen und Schaden finden. Eine Fabrik kann kurzfristig eine Menge zur Gesellschaft beitragen, während sie langfristige Verschmutzung der Umwelt verursacht." (Cheng 1995: 676, eigene Übersetzung)

Gesetze werden als Basis individueller Auslegung betrachtet, ihre Implementierung hängt wesentlich von der Unterstützung durch einflußreiche Politiker ab (Jahiel 1997: 86). Verstöße gegen Umweltstandards und Gesetze werden meist mit administrativen Mitteln geahndet. Noch größere Tradition hat die Lösung von Disputen durch Verhandlung und Vermittlung.⁵ Die einzelnen Unternehmen schließen mit der Lokalregierung individuelle Verträge, deren Inhalt die Verhandlungsmacht der Kontraktpartner widerspiegelt (Schabacker 1996: 50 f.). Häufig liegen Emissionsgebühren dann unter den Kosten der Beseitigung oder Vermeidung der Verschmutzung, die bestehenden Probleme werden konserviert (Chan und Wong 1995: 1548 f.). Für die geringe Durchsetzungsfähigkeit der EPB gibt es viele Gründe.

Erstens ist das Umweltbewußtsein der Bevölkerung mangelhaft. 75 Prozent der Einwohner von Peking und Shanghai sind der Ansicht, Umweltschutz sei Aufgabe des Staates und verlange kein persönliches Engagement. Für 45 Prozent hat

⁵ Laut China Yearbook 1993 arbeiten in China etwa 65 mal mehr Vermittler als Richter. Vgl. Cheng 1995: 680.

Wirtschaftswachstum den uneingeschränkten Vorrang vor Umweltschutz (BMZ 1995: 18). Das Umweltbewußtsein wird vor allem durch die Schule geprägt, doch die wissenszentrierte Lehrplangestaltung führt nicht ausreichend zu persönlicher Auseinandersetzung mit den Umweltproblemen (Wang 1996: 160; Stimpson 1997: 64 f.). Auf Defizite im Umweltbewußtsein der Bevölkerung kann die deutsche EZ mittelfristig keinen Einfluß nehmen, sie muß also auf andere Anreizstrukturen zurückgreifen.

Zweitens befindet sich laut der Untersuchung von Chan und Wong (1995: 1539) auch das Personal der EPB in einem Dilemma, wenn es sich zwischen Umwelt und Wirtschaftswachstum entscheiden soll, obwohl es den Konzepten des Ressourcenschutzes und der Nachhaltigkeit mehrheitlich positiv gegenübersteht.

Drittens stehen die lokalen Umweltbehörden, die mit der eigentlichen Implementierung des Umweltschutzes beauftragt sind, unter dem oft widersprüchlichen Einfluß von verschiedenen administrativen Systemen, auch "*too many mothers-in-law*" (Sinkule und Ortolano 1995: 16) genannt. Während die SEPA fachliche Vorgaben trifft, ist das EPB organisatorisch Teil der Lokalregierung und von dieser finanziell abhängig. Die wissenschaftliche Literatur stimmt in der Einschätzung überein, die daraus resultierenden konfligierenden Anforderungen führten zu Einschränkungen in der Durchsetzung der Umweltrichtlinien (Schabacker 1996: 46; Campbell 1997: 860; Tang et al. 1997: 868). Um Unabhängigkeit in ihren Entscheidungen zu erlangen, bemühen sich die einzelnen Behörden, möglichst viel eigenes Einkommen zu generieren und ressourcenunabhängig zu werden, mithin "*independent kingdoms*" (Sinkule und Ortolano 1995: 17) zu gründen. Laut Organisationstheorie genießt organisationale Selbsterhaltung einen höheren internen Stellenwert als Aufgabenerfüllung, daher erheben die EPB lieber regelmäßig Emissionsgebühren, die zu 20 Prozent ihrem Budget zugeschlagen werden, als Emissionsvermeidung zu fördern (Chan und Wong 1995: 1545 f.; Tang et al. 1997: 871).

Hinzu kommen, viertens, Interessenkonflikte innerhalb der Lokalregierung, die gleichzeitig als Steuererheber, Regulierer und z.T. Eigentümer der Unternehmen fungiert und auch für die soziale Wohlfahrt der Bevölkerung verantwortlich ist (Schabacker 1996: 49; Campbell 1997: 861).

Man kann also schlußfolgern, daß die gesetzlichen und administrativen Regeln Umweltschutz zwar zum Ziel haben, daß aber die wirtschaftliche und politische Rationalität der EPB die effektive Umsetzung behindern. Die institutionellen Rahmenbedingungen konnten EZ-Projekte bisher langfristig nicht verbessern. Daß dies bei Entwicklungsprojekten allgemein nicht möglich ist, hat die Querschnittsauswertung "Wirkungsuntersuchung abgeschlossener Vorhaben der deutschen EZ" (BMZ 2000: o.S.) ergeben. Zukünftige Projekte sollten also den institutionellen Kontext nicht umzuwälzen versuchen, sondern ihn genau analysieren und sich in der gegebenen Form zunutze machen. Kommerzielle Dienstleistungen im Umweltschutzsektor sind ein Weg, wie die Erfüllung der Organisationsinteressen und der Interessen der einzelnen Beamten gleichzeitig zu effektiven Umweltschutzmaßnahmen führen kann.

3.4 Warum Beratung statt Implementierung?

Der entscheidende Entwicklungseingangs des chinesischen Staates ist eine Wissenslücke, nicht, wie in den chinesischen KMU und vielen anderen Entwicklungsländern, Kapital- oder Devisenmangel.⁶ Das Hauptinteresse der chinesischen Projektpartner liegt im Technologietransfer, der für die Managementebene Prestigegewinne verspricht, und in der Aus- und Weiterbildung, die die individuellen Karriereaussichten des Fachpersonals verbessert (BMZ 1995: 17). Die EZ mit staatlichen Trägern der VR China sollte sich daher, unter Minimierung des Einsatzes knapper öffentlicher Mittel, auf die Vermittlung relevanten Know-hows konzentrieren. Ein Forschungs- und Beratungsinstitut folgt diesem Ansatz in idealer Weise.

Ein solches Projekt trifft sich mit den Einstellungen und Wünschen der Umweltbeamten auf zwei Ebenen. Erstens beklagt die Mehrheit der Beamten mangelndes technisches Wissen.⁷ Das Institut könnte mit deutscher Unterstützung das Niveau der Kenntnisse anheben. Zweitens glauben die Bürokraten an die Problemlösungskapazität des technischen Fortschritts (Chan und Wong 1995: 1540), die effektive Verbreitung moderner Produktionstechnologien verspricht wirksamen Umweltschutz. Die Befragung von Beamten im EPB Guangzhou ergab als vordringlichsten Wunsch zur behördlichen Aufgabenerweiterung die technologische Hilfe für Unternehmen (ebd., S. 1544).

Im Rahmen von EZ-Projekten wurden schon früher das Know-how und die technische Ausstattung einzelner EPB verbessert. Der Evaluierungsbericht zur Förderung des Umweltamtes Dongying merkte jedoch zur erwarteten Nachhaltigkeit des erreichten Standards an, er sei nur zu sichern, wenn über die eigentlichen Aufgaben des EPB hinaus kommerzielle Dienstleistungen entwickelt würden, wie Öko-Auditing oder die Schulung von Ämter- und Firmenpersonal (BMZ 1995b: 36 ff.).

Gelingt es im Rahmen der Beratung, Kontakte zu ausländischen Investoren zu vermitteln, kann außerdem die marktgerechte und günstige Kapitalquelle der FDI⁸ erschlossen werden. Der Markt für Umwelttechnologie ist in China noch ungenügend entwickelt, für viele Umweltprobleme lassen sich im Land keine angemessenen technologischen Lösungen finden (Xie et al. 1998: o.S.). Das Institut kann diesen Markt entwickeln helfen, in dem es sowohl auf der Angebotsseite passende Technologien vermittelt, als auch die Nachfrage durch Kredit- und Kapitalvermittlung anregt.

⁶ Da die großen Ratingagenturen China übereinstimmend mit einem *Investment Grade* bewerten, kann sich China am internationalen Kapitalmarkt zinsgünstig mit Krediten versorgen. Der Zinssatz liegt mit 20-200 Basispunkten nur geringfügig über dem amerikanischer Staatsanleihen. Zudem verfügte China 1996 über Währungsreserven von 140 Mrd. USD. Vergleiche hierzu Radke 1999: 43 f.

⁷ Vgl. Chan und Wong 1995: 1530. Die empirische Untersuchung der Einstellung von EPB-Bürokraten zum Umweltschutz beschränkt sich auf Guangzhou, eine der 14 stark industrialisierten offenen Küstenstädte. Nach der verbreiteten Auffassung, das Umweltbewußtsein und -wissen wachse mit dem wirtschaftlichen Wohlstand, ist die Situation in anderen Teilen Chinas wahrscheinlich noch besorgniserregender.

⁸ Die Hauptvorteile ausländischer Direktinvestitionen gegenüber anderen Kapitalquellen sind für den Empfänger: Wegfall der Zins- und Tilgungsverpflichtungen, Risikoverteilung zu Lasten des Investors, Steuereinnahmen. Eine komplette Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Finanzierungsquellen findet sich bei Radke 1999: 15 ff.

3.5 Warum Klein- und Mittelunternehmen als Projektzielgruppe?

Bisher beschränkt sich die Tätigkeit der EPB weitgehend auf den nachsorgenden Umweltschutz, d.h. auf die Überwachung der Einhaltung relevanter Umweltstandards. Dieser Ansatz hat bisher nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt, da er in direktem Gegensatz zu den Gewinnabsichten der Unternehmen steht. Die Industrie ist für einen Großteil der Umweltverschmutzung in China verantwortlich, doch gerade die KMU sind bisher in den Programmen der EZ vernachlässigt worden.

Warum ist Umweltschutz in KMU so schwierig durchzusetzen (Chahoud 1998: 41, 52)? Erstens leiden chinesische KMU, wie KMU weltweit, an Kapitalmangel. Häufig fehlt der Zugang zu Investitionsmitteln für Umwelttechnik oder Anschubfinanzierungen für die Implementierung von Managementsystemen. Zweitens unterliegen sie häufig konkurrierenden Verpflichtungen, so daß Ausgaben für den Umweltschutz zugunsten, beispielsweise, sozialer Sicherung, zurückgestellt werden (Ho und Kueh 2000: 31 f.). Drittens sind die KMU räumlich dispers verteilt, da sie meist von Kommunen und Einheiten gegründet wurden. Dies erschwert sowohl die Umweltkontrolle⁹ durch die EPB als auch den technologischen Austausch untereinander (Ho und Kueh 2000: 73 f.). Entsprechend niedrig ist, viertens, das durchschnittliche Niveau technologischen und betriebswirtschaftlichen Wissens. Auch der Informationsstand bezüglich geltender Umweltauflagen und der Chancen umwelt- und qualitätsorientierter Managementsysteme ist in der Regel unzureichend. Der letzte Punkt ist die rechtliche Unsicherheit. Bisher war das Umweltbewußtsein der Bevölkerung und damit der Implementierungsdruck der Behörden eher gering. Doch es gab bereits Fälle von behördlich angeordneten, kurzfristigen Stilllegungen kleiner Betriebe (Ludwig 2000: 21; Tao 1997: 325). Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind, wie in Abschnitt 3.3.1 beschrieben, seit langem vorhanden, sie wurden bisher nur selten umgesetzt.

Während administrative Maßnahmen bisher weitgehend gescheitert sind, haben marktgerechte Lösungen in KMU eine bessere Chance, zu den gewünschten Ergebnissen zu führen (Ludwig 2000: 20). Anders als die meisten Staatsunternehmen sind die KMU vom Ausscheiden aus dem Markt bedroht und daher an effizienzsteigernden Maßnahmen interessiert.

3.6 Warum Kopplung des Instituts an ein Gewerbegebiet?

Das Konzept der *Centralized Pollution Control* ist seit langem Bestandteil der Umweltstrategie. Es beinhaltet die Zusammenfassung der KMU eines Industriezweiges einer Region in einem Gewerbegebiet mit zentralen Entsorgungseinrichtungen und zentralem Umweltmonitoring (Zhang et al. 1999: 33). Mit der Aufnahme des Instruments in das Umweltschutzgesetz wird anerkannt, daß es den EPB mit der gegenwärtigen Ausstattung nicht möglich ist, alle weiträumig verteilten Unternehmen eines Verwaltungsbezirks zur Einhaltung der Umweltstandards zu zwingen.

⁹ Während die größeren Staatsunternehmen inzwischen regelmäßigen Emissionskontrollen unterliegen, werden die KMU nur selten untersucht. In den Staatsunternehmen werden die anfallenden Emissionsgebühren per Bankeinzug erhoben, so daß die Betriebe die Zahlung nicht verweigern können. Auch dieses Mittel steht bei vielen KMU nicht zur Verfügung. Vergleiche Jahiel 1997: 87 f. und Ludwig 2000: 16.

Ho und Kueh (2000: 90 ff.) zeigen am Beispiel der Provinz Jiangsu, daß die Einrichtung von Gewerbegebieten eine effektive und kostengünstige Maßnahme ist, Emissionsbehandlung und -kontrolle zu gewährleisten. Neben verbesserten Kontrollmöglichkeiten bringt sie für die Unternehmen vielfältige Agglomerationsvorteile. Räumliche Nähe ermöglicht zum Beispiel schnellen Ideenaustausch, unkomplizierte Geschäftsanbahnung und die gemeinsame Errichtung und Nutzung von Infrastruktureinrichtungen. Kläranlagen und Mülldeponien, aber auch Straßen und Telekommunikationsnetze können so kostengünstig unterhalten werden.

3.7 Warum Public Private Partnership?

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) unterhält an sieben Standorten in Entwicklungsländern, darunter auch in Shanghai, *Local Area Manager*, deren Aufgabe es ist, Absatzmärkte für deutsche Umwelttechnologie zu erschließen (DIHT 1998: o.S.). Daß dies auch auf regionaler Basis funktionieren kann, zeigt die Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Liaoning, die bereits zu mehreren Unternehmenskontakten geführt hat (Frankfurter Allgemeine Zeitung 24.05.00). Die Stärkung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft im Segment der sauberen Technologien ist auch ein Ziel des vorgeschlagenen Projektes. Es sollte daher möglich sein, die Privatwirtschaft in Gestalt eines Wirtschaftsverbandes in die Finanzierung der Vermittlungstätigkeit einzubinden.

NRWs Etat für Eine-Welt-Arbeit wird durch die nach innen gerichtete Bildungsarbeit und die Unterbringung der EZ-Organisationen des Bundes bereits schwer belastet. Eine *Public Private Partnership* scheint in dieser Situation das geeignete Mittel, gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu vertreten.

3.8 Eignung des Projekts für Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hat sich bereits 1993 zur Umsetzung der Agenda 21 in seiner Entwicklungspolitik verpflichtet. Das Gutachten "Landespolitik in der Einen Welt. Richtungsimpulse des Eine-Welt-Beirates beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen" vom Januar 1998 bekräftigt dies durch die vorgeschlagene Schwerpunktsetzung auf Kooperation und Handel in angepaßter Umwelttechnik und im Energiesektor (Clement 2000: 2 f.).

NRW hat bei der gezielten Verbreitung ressourcenschonender Verfahren und Managementsysteme durch Beratung bereits Erfahrungen gesammelt. Mit der Gründung der Effizienz-Agentur NRW 1998 wurden Möglichkeiten eröffnet, spezifische Engpässe von KMU in der Implementierung des Umweltschutzes zu überwinden (Clement 2000: 10). Die Auswertung dieser Erfahrungen in einem ähnlichen Projekt in China verspricht interessante Impulse für beide Seiten.

Nordrhein-Westfalen könnte die Vertrauensbasis z.B. des Stipendiatenprogramms mit Sichuan nutzen, um das Konzept ins Gespräch zu bringen. Die endgültige Liste der chinesischen Projektvorschläge wird von der SPC und dem Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation zentral und autonom beschlossen (Radke 1999: 34). Daher ist es für die Aufnahme des Projekts in die entwicklungspolitische Agenda Chinas von entscheidender Bedeutung, sowohl die politischen Prioritäten der Zentralregierung zu berücksichtigen als auch die betreffende Lokalregierung vom Nutzen des Vorhabens vollständig zu überzeugen, so daß sie den Projektvorschlag bei der SPC einreicht.

Im Umwelttechnologiebereich und der Verbreitung sauberer Produktionsverfahren sehe ich wirtschaftliches Potential gerade für Nordrhein-Westfalen. Die deutschen Umweltbestimmungen sind unter den strengsten der Welt, außerdem ist Deutschland relativ rohstoffarm, und die Umweltbewegung hat schon sehr früh an Einfluß gewonnen. Diese Faktoren haben vor allem in Regionen mit besonders umweltintensiven Industrien, wie Nordrhein-Westfalen, zu langjährigen Erfahrungen mit der ökologischen Optimierung der Produktion und zum Aufbau eines leistungsfähigen Umwelttechnologie-Sektors geführt. Die Weitergabe dieses Wissens in Form von Lieferverträgen, aber vor allem durch Kooperationen erhöht sowohl die Leistungsfähigkeit des chinesischen Partners als auch das Prestige und den Ertrag des nordrhein-westfälischen Partnerunternehmens.¹⁰

¹⁰ Chahoud (1998: 49 f.) illustriert den gegenseitigen Nutzen am Beispiel des niederländischen Stahlproduzenten Hoogovens Staal B.V. und seines mexikanischen Partnerunternehmens Ahmsa. Das niederländische Unternehmen berät Ahmsa mit hohem Personaleinsatz bei der Anhebung seines umwelttechnologischen Niveaus und schafft sich damit gleichzeitig einen neuen Markt für seine Produktionstechnologien.

Literaturverzeichnis

- BMZ* (1995): Hauptbericht über die Evaluierung des Vorhabens "Müllentsorgung Peking", Bonn: BMZ.
- BMZ* (1995b): Hauptbericht über die Evaluierung des Vorhabens "Förderung des Umweltamtes Dongying im Bereich Umweltmonitoring", Bonn: BMZ.
- BMZ* (1996): Hauptbericht über die Evaluierung des Projekts "Integriertes Ernährungssicherungsprogramm Shandong in der Volksrepublik China", Bonn: BMZ.
- BMZ* (1999): Hauptbericht zur Evaluierung "Wirkunguntersuchung abgeschlossener Vorhaben der deutschen EZ". Teilmaßnahme "Pilotvorhaben Handpumpen, China", Bonn: BMZ.
- BMZ* (2000): Kurzfassung der Querschnittsauswertung "Wirkunguntersuchung abgeschlossener Vorhaben der deutschen EZ", in: Internet: <http://www.bmz.de/epolitik/evaluierung/th2000050901.html>, Zugriff: 24.05.00.
- Borrmann, Axel* (1999): Evaluating Development Co-operation. The German Case, in: *Intereconomics. Review of International Trade and Development*, 34 (1999) 5, S. 255-259.
- Campbell, David N.* (1997): The Maoist Legacy and Environmental Implementation in China: The Case of Xiamen's Yun Dang Lake, in: *Asian Survey*, 37 (1997) 9, S. 859-875.
- Chahoud, Tatjana* (1998): Handel und Umwelt: Förderung umweltfreundlicher Prozeß- und Produktionsverfahren in Entwicklungsländern (Berichte und Gutachten 12/1998), Berlin: DIE.
- Chan, Hon S. und Kenneth K. K. Wong* (1994): Environmental Attitudes and Concerns of the Environmental Protection Bureaucrats in Guangzhou, People's Republic of China: Policy Implementation, in: *International Journal of Public Administration*, 17 (1994) 8, S. 1523-1554.
- Chen Chang-chin* (1997): Beijing's Environmental Diplomacy, in: *Issues & Studies. A Journal of Chinese Studies and International Affairs*, 33 (1997) 10, S. 68-89.
- Cheng Yang* (1995): Punishing for Environmental Protection? – Enforcement Issues in China, in: *The international and comparative law quarterly*, 44 (1995) 3, S. 671-682.
- China-Canada Cooperation Project in Cleaner Production* (o.J.): Case Study 1: Picking Low-hanging Fruit: The Strategic Role of Cleaner Production in China, in: Internet: <http://www.chinacp.com/eng/casestudy1.htm>, Zugriff: 29.08.00.
- Clement, Wolfgang* (2000): Nordrhein-westfälische Eine-Welt-Politik in der 12. Legislaturperiode. Bericht des Ministerpräsidenten, Düsseldorf.
- DIHT* (1998): Umwelt Area Manager helfen beim Auslandsengagement, in: Internet: <http://www.ihk.de/fachinfo/diht911.htm>, Zugriff: 22.06.00.

- Edmonds, Richard Louis* (1994): *Patterns of China's Lost Harmony: A Survey of the Country's Environmental Degradation and Protection*, London: Routledge.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* (24.05.00): Komplettangebote sollen den Umweltschutz in China beschleunigen.
- Government of the Hong Kong Special Administrative Region, Environmental Protection Department* (o.J.): Kin Wing Engineering Company Limited, in: Internet: <http://www.info.gov.hk/epd/ea&m/ISO14001/kwecc.html>, Zugriff: 23.06.00.
- Hauchler, Ingomar* (Hg.) (1995): *Globale Trends 1996* (Stiftung Entwicklung und Frieden), Frankfurt: Fischer.
- Ho, Samuel P. S. und Y. Y. Kueh* (2000): *Sustainable Economic Development in South China*, Basingstoke: Macmillan.
- Jahiel Abigail R.* (1997): *The Contradictory Impact of Reform on Environmental Protection in China*, in: *The China Quarterly*, (1997) 149, S. 81-103.
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)* (1999): *Finanzielle Zusammenarbeit mit China: Umweltgerechte Problemlösungen*, Frankfurt: KfW.
- Langmann, Andreas* (1996): *Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hg.): *Entwicklungsländer* (Informationen zur politischen Bildung 252), München: Franzis' print & media, S. 45-51.
- Ludwig, Jutta* (2000): *Die Wasserwirtschaft im Rahmen der Umweltpolitik in der VR China*, in: *Asien*, (2000) 74, S. 7-26.
- Nuscheler, Franz* (1995): *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Oberheitmann, Andreas* (1999): *Aktuelle Ergebnisse der internationalen Klimaverhandlungen und Möglichkeiten der Treibhausgasminderung in China* (Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft 48/1999), Duisburg: Forschungsinstitut für wirtschaftliche Entwicklungen im Pazifikraum e.V.
- Radke, Detlef* (1999): *Private Kapitalzuflüsse nach China. Konsequenzen für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung* (Berichte und Gutachten 3/1999), Berlin: DIE.
- Schabacker, Joachim* (1996): *Chinesisches Umweltrecht*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 29 (1996) 1, S. 31-57.
- Sinkule, Barbara J. und Leonard Ortolano* (1995): *Implementing Environmental Policy in China*, Westport: Praeger.
- Stimpson, Philip* (1997): *Environmental Education in Hong Kong and Guangzhou: one purpose, two systems?*, in: *Compare*, 27 (1997) 1, S. 63-74.

- Tajnsek, Melanie* (1996): Das Thema im Unterricht, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Entwicklungsländer (Informationen zur politischen Bildung 252), München: Franzis' print & media, S. 51-54.
- Tang, Shui-Yan et al.* (1997): Institutional Constraints on Environmental Management in Urban China: Environmental Impact Assessment in Guangzhou and Shanghai, in: *The China Quarterly*, (1997) 152, S. 863-874.
- Tao, Bie* (1997): China, in: *Asia Pacific Journal of Environmental Law*, 2 (1997) 3 & 4, S. 319-326.
- Troost, Georg* (2000): Recent Trends in Chinese Environmental Law, in: *Asien*, (2000) 74, S. 27-39.
- Wang, Min* (1996): Environmental awareness in primary and middle schools in China – a research report, in: *Internationale Schulbuchforschung*, 18 (1996) 2, S. 135-161.
- Xie, Baodong et al.* (1998): Case Study on Environmental, Social and Economic Impacts of Pollution Treatment Action in Huaihe River Basin, in: Internet: <http://www.ied.org.cn/Case/en/huaihe.htm>, Zugriff: 29.08.00
- Zhang, Weijiong* (1999): Can China Be A Clean Tiger?: Growth Strategies and Environmental Realities, in: *Pacific Affairs*, 72 (1999) 1, S. 23-37.
- o.V. (1989): Chinas Recht VI.5, 26.12.89/1, Übersetzung aus dem chinesischen von Frank Müntzel, in: Internet: <http://www.mpipriv-hh.mpg.de/mitarbeiter/chinas-recht/1989.zip>, Zugriff: 17.08.00.
- o.V. (1982): *Zhonghua Renmin Gongheguo Xianfa* (Die Verfassung der Volksrepublik China), 04.12.82, in: Internet: <http://www.chinalegal.net/databank/lawdata/big5/b0002.htm>, Zugriff: 17.08.00.